



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

135 • CH April 2013 AZB 3001 Bern



Eine Stadt pflegt ihr Erbe

Während sich die Schweiz mit ihrer Wohnbaupolitik schwertut, ist Wien schon bei der Kür: Ziel ist nicht alleine die Deckung des Wohnbedarfs zu erschwinglichen Preisen, auch Architektur und menschengerechte Stadtentwicklung kommen nicht zu kurz.

Seiten 2 bis 4

AKTUELL



Zwischenstopp: Bevor weiter über den **Gripen** beraten wird, muss der Bundesrat eine Reihe offener Fragen klären.

Seite 5

GESPRÄCH



In **Innerrhoden** kämpft die SP für mehr Transparenz in der Politik. Ein Gespräch mit Präsident Martin Pfister.

Seite 13

JUBILÄUM



Die SP wird 125 Jahre alt, und das will gefeiert werden. Alle Informationen zum **Fest am 7. September** in Bern.

Seite 15

Das österreichische Mekka des

Kein anderes Gebäude verkörpert den kommunalen Wohnungsbau der Stadt Wien so exemplarisch wie die monumentale Wohnanlage Karl-Marx-Hof aus den 20er-Jahren. Doch die österreichische Hauptstadt setzt noch immer städtebauliche Massstäbe.

Der soziale Wohnungsbau in Wien ist aufs Engste mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem daraus folgenden unkontrollierten Wachstum der städtischen Bevölkerung verknüpft. Aus allen Regionen des Reichs flüchteten nach dem Ersten Weltkrieg die Menschen in die Metropole. Die katastrophalen Wohnverhältnisse führten dazu, dass Tuberkulose auch «Wiener Krankheit» genannt wurde. Rund 95 Prozent der Wohnungen verfügten damals in der Stadt weder über fliessend Wasser noch über eine Toilette. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung hatte aufgrund der sozial explosiven Situation wenig Alternativen – und entschied sich für ein städtebaulich-politisches Programm, das alles bisher Bekannte in den Schatten stellte.

Wohnungen, Arbeit und Architektur

In den Jahren 1923 bis 1934, also bis zur Machtübernahme durch die österreichischen Faschisten, entstanden auf dem Wiener Gemeindegebiet 63 000 Sozialwohnungen. Ermöglicht wurde dieser Schritt durch die fast vollständige Übernahme der Wohnbautätigkeit durch die Kommune, gekoppelt mit der Einführung eines weitgehenden Mieterschutzes sowie einer Wohnbausteuer als Finanzierungsquelle. Viele Familien erhielten so nicht nur eine Unterkunft, sondern gleichzeitig auch Arbeit.

Das Ziel war aber nicht nur bloss Wohnraum zu schaffen, sondern ebenso architektonisch neue Massstäbe zu setzen. So ist diese Aufbruchszeit des sozialen Wohnungsbaus in Wien stark mit den Namen grosser Architekten wie Adolf Loos, Gerrit Rietveld oder Richard Neutra verbunden.

Der Karl-Marx-Hof

Der Karl-Marx-Hof gehört bis heute zu den repräsentativsten Bauten dieser Zeit und ist zudem ein Musterbeispiel eines sogenannten «Superblocks», die – in Anspielung auf die kaiserlichen Prunkbauten an der Ringstrasse im Zentrum der Stadt – gerne auch «Volkswohnpaläste» genannt wurden. Dass mit Bauten wie dem Karl-Marx-Hof nicht nur Wohnraum geschaffen, sondern gleichzeitig eine gesellschaftspolitische Vision verwirklicht werden

sollte, zeigt sich in den Eckwerten der Gebäude: Zusätzlich zu den 1382 Wohnungen für etwa 5000 Bewohnerinnen und Bewohner wurden im Karl-Marx-Hof auch zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen wie zwei Zentralwäschereien, zwei öffentliche Bäder mit zwanzig Wannen und dreissig Brausen, zwei Kindergärten, eine Mütterberatungsstelle, ein Jugendheim, eine Bibliothek, eine Zahnklinik, eine Krankenkassenstelle mit Ambulatorium, eine Apotheke, ein Postamt, mehrere Arztpraxen, Kaffeehäuser, Räumlichkeiten für politische (linke) Organisationen und fünf- und zwanzig Geschäftslokale.

Ein Nest des Widerstands

Kein Wunder also, dass dieser Symbolbau der Sozialdemokratie in den Tagen des Bürgerkrieges 1934 ein letztes Nest des Widerstands war und von den Gegnern bis zur Kapitulation mit Artillerie beschossen wurde. Während der darauf folgenden elf Jahre musste das Gebäude

Wer meint, linke Wohnbaupolitik sei in Wien nichts weiter als spannende Geschichte, liegt falsch.

dann auch einen anderen Namen tragen: «Heiligenstädter Hof».

Das Erbe wird gepflegt ...

Doch wer meint, linke Wohnbaupolitik sei in Wien nichts weiter als spannende Geschichte, liegt falsch. Das Erbe des «Roten Wien» wird weiter gepflegt und die österreichische Hauptstadt gilt bis heute als leuchtendes Vorbild für eine Wohnbaupolitik, die nicht einfach die Launen des Immobilienmarktes widerstandslos duldet. Heute heisst Wiener Wohnpolitik aber nicht nur Neubauten und Sanierungen sowie Direktunterstützung von einkommensschwächeren Mieterinnen und Mietern, sondern auch mietrechtlicher Schutz vor Spekulation oder vor sogenannten «Freimachungen». Der Begriff steht für das unzimperliche Verhalten privater Immobilienbesitzer, wenn diese beispielsweise ihre Mieterinnen und Mieter mittels überteuerter Pinselrenovierungen durch besser zahlende Nachmieter ersetzen wollen.



Gesellschaftspolitische Vision: Im Karl-Marx-Hof wurden eine Bibliothek, eine Zahnklinik, Kaffeehäuser und vieles

... und es darf auch etwas kosten

Und man lässt sich diese Politik etwas kosten: Rund 600 Millionen Euro werden auf dem Stadtgebiet jährlich von der öffentlichen Hand ins Wohnungswesen investiert, 460 Millionen Euro allein von der Stadtverwaltung. So entstehen in Wien jährlich 7000 neue Gemeindewohnungen. Mit 220 000 Wohnungen ist die Stadt Wien die grösste Liegenschaftsverwalterin Europas. Jede vierte Wiener Wohnung gehört der Stadt und etwa gleich gross ist der Anteil von subventionierten Wohnungen des genossenschaftlichen und nicht gewinnorientierten Wohnungsbaus.

Genauso wie in den Tagen des «Roten Wien» engagieren sich auch heute preisgekrönte Architekturbüros im städtischen Wohnungsbau wie beispielsweise die international tätige Wiener Kooperative «Coop Himmelb(l)au». Eine viel beachtete Variante innerstädtischer

Wohnungsbaus



neben Wohnungen für etwa 5000 Personen auch Zentralwäschereien, Bäder, Kindergärten, ein Jugendheim, mehr gebaut.

Wohnungsprojekte bildet heute auch die Neunutzung von ehemaligen Industriestandorten.

Und mit jedem neuen Projekt soll bewiesen werden, dass der soziale Wohnbau nicht allein eine Massnahme zur mengenmässigen Deckung des Wohnbedarfs zu erschwinglichen Preisen ist.

Sozial, preisgünstig und ästhetisch

Das Ziel ist es, dass auch höchste Ansprüche an qualitätsvolle Architektur und menschengerechte Stadtentwicklung nicht zu kurz kommen. Und moderne Spitzenarchitektur bedeutet heute auch höchste ökologische und energetische Standards sowie flexible Wohnungsangebote, die den verschiedenen neuen Haushalts- und Familienformen gerecht werden. Entsprechend wurden und werden städtische Projekte in Wien immer wieder mit

Architekturpreisen ausgezeichnet. Ein Beweis dafür, dass sich soziales, preisgünstiges und ästhetisches Bauen und Wohnen kombinieren lassen.

Dieser Erfolg und die Attraktivität der Gemeindewohnungen können aber auch zum Problem werden: Eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner städtischer Wohnungen ergibt, dass mittlerweile der Mittelstand sehr gut vertreten ist, was kritische Beobachter von einer Subventionierung des Mittelstandes sprechen lässt.

Stefan Hostettler

ist politischer Fachsekretär der SP Schweiz, zuständig für Wirtschafts- und Finanzfragen



STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin

Bürgerliche Reflexe

Bei meinem Besuch kürzlich in Liestal war vor allem eines klar: Es stehen Wahlen an. Ein dichter Wald von Plakaten – zum Teil bereits etwas windschief – lacht mir von Plakatsäulen, Bretterzäunen und Garagentoren entgegen. Das ist einem gepflegten Stadtbild zwar nicht unbedingt zuträglich und erinnert eher an einen Guerilla-Wahlkampf als an Regierungsratswahlen, aber: Hey – wir sind im liberalen Basel!

Eric Nussbaumer und Thomas Weber: Von aussen gesehen liefern sich der SP-Nationalrat und der SVP-Landrat ein sportliches Rennen um die Nachfolge von Adrian Ballmer. Die Wahl am 21. April verspricht spannend zu werden. Nachdem Nussbaumer Weber im ersten Wahlgang um rund 400 Stimmen geschlagen hat, geben die beiden nun alles, was sie können.

Bei genauer Betrachtung werden aber die Schattenseiten der bürgerlichen Wahlkampf-taktiken offenbar. Der Dachverband der Baselbieter KMU unterstützt den bürgerlichen Kandidaten euphorisch. Er organisiert Hearings mit Vertreterinnen und Vertretern des lokalen Gewerbes, an welchen einzig Thomas Weber seine Rezepte zur Förderung der Baselbieter Wirtschaft präsentieren darf. Der Verband greift auch finanziell in die Tasche: Im ersten Wahlgang unterstützte er den SVPl'er mit 60 000 Franken, im zweiten nochmals mit 20 000. Weber DER Vertreter des lokalen Gewerbes.

Nicht weiter verwunderlich? Auf den ersten Blick – den Blick auf das Parteibuch – vielleicht. Sowohl Weber als auch Nussbaumer sind aber glücklicherweise mehr als blosser Parteisol-daten. Eric Nussbaumer ist Unternehmer und Mitinhaber des Elektroinstallationsunternehmens Willy Gysin AG. Von 1988 bis 2009 war er Geschäftsführer der ADEV Energiegenossenschaft, als deren Verwaltungsratspräsident er bis heute agiert. Seit 2008 ist er Verwaltungsratspräsident der Alternativen Bank.

Die – gemäss Wirtschaftsverband – «KMU-freundliche Persönlichkeit» Thomas Weber ist beruflich seit über zehn Jahren Staatsangestellter. Punkt.

Das ist durchaus ehrbar; man reibt sich aber verwundert die Augen, wenn dem KMUler eine weniger KMU-freundliche Politik unterstellt wird als dem Beamten. Entlarvend ehrlich sind da die Worte des Liestaler KMU-Präsidenten Andreas Zbinden: «Als Bürgerlicher steht uns Herr Weber einfach näher.»



Sophie Steiger

Wohnungsbesichtigung in der Stadt Zürich: Wohnraum wird nicht nur zunehmend teurer, sondern auch knapper.

Wohnen muss bezahlbar sein

Die Wohnung, das Quartier sind für viele ein Stück Heimat. Immer mehr Menschen müssen jedoch aus dieser Heimat wegziehen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können oder keine Wohnung finden. Flankierende Massnahmen im Wohnbereich sind deshalb dringend notwendig.

Die Mieten auf dem Schweizer Wohnungsmarkt steigen ständig an. Wer davon profitiert, sind ein paar wenige. Die Situation ist ähnlich wie auf dem Arbeitsmarkt. Auch dort steigt der Lohndruck auf die Arbeitnehmenden, ausländische Arbeitskräfte werden gegen einheimische ausgespielt und Gesetzeslücken ermöglichen es, Arbeitnehmende zu tieferen Löhnen einzustellen. Während die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping auf dem Arbeitsmarkt noch viel zu wenig greifen, fehlen sie auf dem Wohnungsmarkt gänzlich. Deshalb braucht es einen gemeinsamen Kampf mit dem Ziel, die Personenfreizügigkeit im Interesse aller zu gestalten. Der Bundesrat hat zwar im Juli 2012 in einem Bericht auf die Wohnungsmarktp Probleme im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum hingewiesen, bis jetzt aber noch keine tauglichen Schritte gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten unternommen.

Steigende Mieten, sinkende Zinsen

Während die Mieten ständig steigen, bleiben die Zinsen tief. Davon profitieren in erster Linie die Besitzerinnen und Besitzer von Liegenschaften, die so auf dem Buckel der Mieterinnen und Mieter ihre Rendite erhöhen. Das massive Absinken der Durchschnittszinsen von 3,5 auf 2,25 Prozent hat zwar den Anstieg für einige Monate gebremst. Gemäss dem

Immobilien-Beratungsunternehmen IAZI sind die Mieten jedoch über die letzten drei Jahre gesehen um 4 Prozent gestiegen.

Ein grosser Teil der Mietzinserhöhungen erklärt sich aus den hohen Aufpreisen bei Neuvermietungen: Die Mieten der angebotenen Objekte (Angebotsmieten) sind in fast allen Landesgegenden stärker angestiegen als die Mietpreise im gesamten Wohnungsbestand (Bestandesmieten), die sich seit 2000 um 21

In Zürich und Genf ist eine Verdoppelung der Miete bei einem Mieterwechsel traurige Realität.

Prozent erhöht haben. Die Teuerung dagegen beträgt für den gleichen Zeitraum lediglich 9 Prozent. Das Bevölkerungswachstum und insbesondere der schnell wachsende Flächenbedarf pro Person üben Druck auf den Boden aus – was insbesondere in den Städten und Agglomerationen spürbar ist. In Zürich und Genf ist eine Verdoppelung des Mietzinses bei einem Mieterwechsel traurige Realität. Die Bautätigkeit hält mit dieser Nachfrage noch immer nicht Schritt. Und wenn gebaut wird, sind es vor allem renditeorientierte Unternehmen und zu wenig Genossenschaften.

Das Rezept heisst flankierende Massnahmen Diese alarmierende Situation zeigt, dass flankierende Massnahmen im Wohnbereich drin-

gend notwendig sind. Bundesrat und Parlament müssen endlich ein Paket von flankierenden Massnahmen erarbeiten, das im Zusammenhang mit der Diskussion über die Personenfreizügigkeit umgesetzt wird.

Drei konkrete Massnahmen

Dabei braucht es mehr Mittel zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger. Sie wollen nicht möglichst viel Rendite erzielen, sondern entziehen ihre Liegenschaften der Spekulation und sind der Kostenmiete verpflichtet. Ihnen soll der Zugang zu Grundstücken und Bauland erleichtert werden, insbesondere auch der vereinfachte Zugriff auf ungenutzte Grundstücke des Bundes und bundesnaher Betriebe.

Gleichzeitig ist ein starkes Mietrecht nötig. Aufschläge bei Mieterwechseln und die Mietzinsaufschläge müssen auf begründete Kostensteigerungen – wie etwa die Erhöhung des Referenzzinssatzes oder die Überwälzung der Teuerung – begrenzt sein. Voraussetzung für die Durchsetzung dieser Forderung ist die Einführung der Formularpflicht, damit die neuen Mieterinnen und Mieter über den bisherigen Mietzins orientiert werden. Weiter soll auch der Kündigungsschutz verbessert werden, um missbräuchliche Kündigungen zu vermeiden, die einzig Mieterhöhungen zum Ziel haben.

Wohnraum ist Lebensraum. Die Politik muss handeln, damit das Recht auf erschwingliche Wohnungen für die ganze Bevölkerung gewährleistet ist.



Marina Carobbio ist Nationalrätin TI und Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands

Zwischenlandung

Nach einer langen Diskussion in der sicherheitspolitischen Kommission muss der neue Kampfjet Gripen eine Zwischenlandung einlegen: Das Geschäft ist bis im August sistiert. Bevor die Kommission die Detailberatung über den Kauf der 22 Kampfjets im Wert von 3,126 Milliarden Franken in Angriff nehmen kann, muss der Bundesrat eine Reihe von offenen Fragen klären.

Das Gripen-Geschäft ist seit Beginn auf der schiefen Bahn, und auch mit einer allfälligen Klärung der offenen Fragen zum Zahlungsplan, zu den Teuerungsrisiken sowie zur Festschreibung einer Konventionalstrafe im Beschaffungsvertrag wird das Geschäft nicht sinnvoller. Die SP hat sich immer für den Verzicht auf neue Kampfjets ausgesprochen und deshalb in der Kommission Nichteintreten beantragt. Die Gründe dafür sind zahlreich:

■ **Wirksamer Luft-Schirm ist gewährleistet** Die Schweiz verfügt auch ohne neue Kampfjets über einen wirksamen Luft-Schirm. Die F/A-18 wurden erst kürzlich kampfwertgesteigert und sind topmodern. Die Schweizer Luftwaffe ist im internationalen Vergleich sehr gut gerüstet. Zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen die vorhandenen 33 F/A-18 längst.

■ **Szenario fehlt** Die Luftwaffe begründet den Gripen denn auch nicht mit dem Luftpolizei-Auftrag, sondern mit der Übertragung zusätzlicher, neuer Aufgaben. In erster Linie soll der Gripen in einem grossen Krieg in Europa die autonome Landesverteidigung sicherstellen. Das ist unsinnig. Ein solches Szenario ist derart unwahrscheinlich, dass es sich nicht lohnt, dafür Milliarden aufzuwenden.

■ **Bombardierungsfähigkeit ist überflüssig** Seit der Verschrottung der Hunter-Flotte verfügt die Schweiz über keine Luft-Boden-Kampffähigkeit mehr. Acht der 22 Gripens sollen der Luftwaffe aber die Fähigkeit zu Luft-Boden-Bombardierungen zurückgeben. Das ist purer

Unsinn: Wo liegen denn die Bodenziele, die der Gripen mit Flugzeugbomben bekämpfen soll? Darauf kann ohne Sicherheitseinbusse verzichtet werden.

■ **Luftaufklärung und Frühwarnung mit andern Mitteln verbessern** Zentrales Argument der Luftwaffe für die Gripen-Beschaffung ist die Erhöhung der Durchhalte- und Reaktionsfähigkeit. Angeblich müssen die Stehzeiten der Kampfjets in Warteräumen in der Luft rund um die Uhr von zwei auf sieben Wochen erhöht werden. Viel wirksamer wäre eine Stärkung der Luftaufklärungs- und Frühwarnfähigkeit, namentlich mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, einem erweiterten Auftrag an die europäische Flugsicherung sowie mit kostengünstigen Aufklärungsdrohnen.

■ **Viel Lärm für nichts** Moderne Kampfjets machen viel Lärm: Beim Start weist der Gripen eine rund dreimal höhere Schallintensität auf als der Tiger F-5. Das ist für die betroffenen Standorte Meiringen, Sion, Payerne und Emmen unerträglich. Auf dem Spiel stehen neben der Lebensqualität der Bevölkerung auch Tausende von Arbeitsplätzen im Tourismus.



Evi Allemann ist Nationalrätin aus Bern und Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission



Lasse Jansson/Swedish Armed Forces Copyright Saab AB



Raus zum 1. Mai!

Einkommen und Vermögen sind in der Schweiz äusserst ungerecht verteilt. Oben predigt eine selbsternannte Elite von Abzockern den reinen Markt und meint damit mehr eigenen Reichtum. Unten und in der Mitte wird der Druck auf die Einkommen immer stärker. Extreme Ungleichheit gibt es auch im Alter: Den reichen Alten stehen viele Rentnerinnen und Rentner gegenüber, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Gegen diese Ungerechtigkeit gibt es wirksame Vorschläge. Etwa die Mindestlohninitiative oder die 1:12-Initiative. Die Volksinitiative AHVplus verlangt eine Erhöhung um 10 Prozent für alle AHV-Renten und will damit bessere Renten für alle. «Faire Löhne, bessere Renten» lautet deshalb das diesjährige Motto zum 1. Mai. Denn faire Löhne und gute Renten sind der Grundstein für die soziale Wende.

Eine Übersicht über die Veranstaltungen zum 1. Mai findet sich auf der Website des SGB www.sgb.ch

AG Gleichstellung

Die neue Arbeitsgruppe Gleichstellung nimmt ihre Arbeit auf. Sie steht allen SP-Mitgliedern unabhängig von ihrem Geschlecht offen, die sich für eine lebendige Gleichstellungspolitik engagieren möchten.

Die konstituierende Sitzung findet statt am **28. Mai, um 19.15 in Bern**. Anmeldungen an Barbara Berger, barbara.berger@spschweiz.ch.

An der Sitzung werden die ersten Arbeitsschwerpunkte festgelegt und ein gemischtgeschlechtliches Co-Präsidium gewählt. Die für den Aufbau der AG zuständige Gruppe empfiehlt Edith Siegenthaler (SP Bern) und Claudio Marti (SP Basel). Weitere Kandidaturen sind grundsätzlich möglich, Auskunft erteilt Barbara Berger.

Die turbulenten Anfangsjahre

Die Anfangsjahre der SP Schweiz waren turbulent, Einfluss gewann die Schweizer Partei wenig. Erst nach dem Zusammenschluss mit dem Grütliverein sollte sich das ändern.

Ab 1870 wurde versucht, eine Sozialdemokratische Partei der Schweiz zu gründen. Doch erst dem Berner Juristen Albert Steck gelang es, am 21. Oktober 1888 eine tatsächlich funktionierende Organisation zu errichten. Deshalb wird dieses Datum als Gründungsdatum der Partei angesehen. Es gelang der Partei zwar, innert zweier Jahre ein Netz von 50 Mitgliedschaften und 1000 bis 2000 Mitgliedern aufzubauen, doch der von Steck angestrebte Schritt misslang, über das bisherige Milieu hinaus Personen zu gewinnen. Die Verankerung in der Basis auf kommunaler und kantonaler Ebene klappte nicht richtig und das Parteiprogramm von 1888 war in sich widersprüchlich: Es enthielt gleichzeitig eine revolutionäre Zielsetzung, eine evolutionäre Strategie und die Absage an eine Klassenpartei. Dies führte mittelfristig zu einem verheerenden Mitgliederschwund, der 1891 mit einer Neuausrichtung und einer Statutenrevision gestoppt werden konnte. Statt der Einzelmitgliedschaft wurde wieder die Kollektivmitgliedschaft eingeführt und eine fünfköpfige Geschäftsleitung geschaffen, die der jeweilige Vorort zu stellen hatte und die durch Vertreter anderer Landesteile ergänzt wurde.

Sie musste versuchen, durch Massenmobilisierung bei Wahlen, Abstimmungen, Demonstrationen oder durch die Presse die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. Erschwerend kamen die Beschlüsse der II. Internationale hinzu. Da die anderen Mitgliedsparteien der II. Internationale nicht in einem direkt-demokratischen Umfeld agierten, hatten sie an ihrem Zürcher Kongress von 1893 beschlossen, dass die sozialdemokratischen

Parteien die politische Organisation der Arbeiterklasse bildeten und als Klassenparteien eingehen durften. Die SP Schweiz nahm an ihrem Parteitag in Olten vom November 1893 zwar eine entsprechende Klassenkampfklärung an. Sie verstand darunter aber nur, dass es künftig unvereinbar sein solle, gleichzeitig Einzelmitglied in der sozialdemokratischen und einer bürgerlichen Partei zu sein. Ein weitergehendes Verbot der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien wäre in einer direkten Demokratie politisch unmöglich gewesen. Als Kleinpartei war bei eidgenössischen Wahlen nicht an einen Alleingang zu denken.

Interne Machtkämpfe

War die Partei klein und schwach, verschlimmerte sie ihre Lage noch durch ständige Intrigen innerhalb des Führungszirkels. Ihnen fiel auch Steck zum Opfer: Zuerst machte Robert Seidel mittels der «Arbeiterstimme» die Sektion Zürich zum klassenbewussten Zentrum und spielte es gegen das «idealistische Bern» aus. Ab 1893 wurde Steck auch in Bern ausgebootet. Die Führung der Berner Partei übernahmen nach dem Käfigturmkrawall die proletarisch-marxistisch und klassenkämpferisch eingestellten Carl Moor und Nikolaus Wassilieff.

Robert Seidel setzte 1893/94 auch alles daran, Herman Greulich wegen eines damals ziemlich üblichen Verstosses gegen das Doppelmitgliedschaftsverbot aus der Partei auszuschliessen. Es war ein skrupellos geführter und letztlich erfolgloser Rachefeldzug, weil ihm dieser 1887 die Stelle des Sekretärs des Arbeiterbundes weggeschnappt hatte.

Ein weiterer Parteiausschlussversuch, diesmal gegen Carl Moor wegen sexuellen Missbrauchs einer 17-jährigen Arbeiterin, scheiterte 1896/97. Die Berner Arbeiterunion, die Hausmacht von Carl Moor, setzte nach dem Parteiausschlussbeschluss kurzum die Beziehungen zur SP Schweiz aus, bis der Beschluss wieder rückgängig gemacht wurde.

Der Grütliverein

Politisch viel bedeutender als die SP Schweiz war der Grütliverein, der sich 1874 zur politischen Partei umgewandelt hatte. Die Partei war aber allerhöchstens dem Namen nach einheitlich und die verschiedenen kantonalen Sektionen positionierten sich in einem Spektrum, das von konservativ bis klassenkämpferisch reichte. In seinen Statuten bekannte sich der Grütliverein zu «freisinnigen Bestrebungen auf dem Boden der nationalen Demokratie»

und ab 1878 gleichzeitig zum sozialdemokratischen Programm des Ersten Arbeiterbundes. Ohne diese schwammige Doktrin hätte es die Vereinsführung niemals geschafft, eine minimale innere Stabilität zu wahren und zwischen den verschiedenen Positionen zu vermitteln. Es lag also im ureigensten Interesse des Grütlivereins, ein möglichst tolerantes und offenes Programm zu entwickeln, um seine Grundwerte Fortschritt, Volksherrschaft, Demokratie und Nation den sich verändernden politischen Gegebenheiten anpassen zu können. Das Resultat war ein «Grütlianer-Sozialismus», der sich in der Formel zusammenfassen lässt: «Soziale Emanzipation nicht durch Revolution, sondern durch die politischen Institutionen».

Der Weg zur Solothurner Hochzeit

Die SP Schweiz, konzipiert als Elitepartei von Intellektuellen, hatte eine zahlenmässig kaum nennenswerte Anhängerschaft von rund 1000 Einzelmitgliedern, während der Grütliverein im Jahre 1890 mit 16 000 Mitgliedern seinen Höhepunkt erreichte. Die beiden sozialdemokratischen Parteien waren zwar durch Doppelmitgliedschaften stark miteinander verwoben. Doch die SP Schweiz strebte anfänglich nicht die Verschmelzung mit dem Grütliverein an, weil sie sich die strategische Option offenhalten wollte, mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund zu fusionieren.

Zentraler Akteur im Kooperationsprozess zwischen der SP Schweiz und dem Grütliverein war der Basler Eugen Wullschleger, einer der Parteigründer der SP Schweiz von 1888. Mit dem Ziel der Vereinigung beider Organisationen stellte er 1891 der Generalversammlung des Grütlivereins den Antrag, die Statuten von 1874 entsprechend zu revidieren. Als designierter SP-Präsident befürwortete er eine ähnlich gerichtete Statutenrevision bei der SP Schweiz. Doch die Delegiertenversammlung des Grütlivereins vom 8./9. Oktober 1892 in Olten setzte erneut widersprüchliche Signale: Einerseits lautete der zentrale Beschluss, dass sich der Grütliverein zur Sozialdemokratie bekenne, andererseits wurde nicht nur jede organisatorische Vereinheitlichung mit der SP Schweiz, sondern sogar jede Einflussnahme der SP auf den Grütliverein abgelehnt.

1898 unternahm Wullschleger, inzwischen auch Grütl-Zentralsekretär, einen erneuten Anlauf zur Zusammenarbeit. Grütliverein, Gewerkschaftsbund und SP Schweiz lancierten gemeinsam die «Doppelinitiative», die den Proporz bei Nationalratswahlen und die Volkswahl des Bundesrates forderte. Für die Ge-



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint im Oktober die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat-Verlag. Das Buch kann vorbestellt werden unter www.redboox.ch (SP-Mitglieder bezahlen noch bis Ende April 34 Franken statt 68 Franken).

An die Vereine des schweizerischen Arbeitertages.

*Werthe Genossen!*

Die Delegiertenversammlung vom 21. Oktober abhin hat beschlossen:

- I. Der vom Aktionscomité geleitete Verband des schweiz. Arbeitertages wird aufgelöst;
- II. an seine Stelle tritt eine sozialdemokratische Partei der Schweiz;
- III. Die in der Schweiz wohnenden ausländischen Gesinnungsgenossen (welche laut Statuten der Partei nicht beitreten können) sind durch das Mittel der *gewerkschaftlichen Organisation* und bezüglich Bestimmungen des allgemeinen Gewerkschaftsprogrammes an den Bestrebungen der Partei zu interessiren, und es ist mit ihnen ein reger Verkehr, wie er der *Gesinnungsgemeinschaft* entspricht, zu unterhalten.
- IV. Als erster Vorort der Partei wird Bern gewählt.
- V. Da nach den Statuten der allgemeinen schweizerischen Arbeiter-Reservekasse austretenden Verbänden ihre speziellen für die Reservekasse bestimmten Fonds bleiben (§ 14 al. 5), so werden bei der Auflösung des Aktionscomitéverbandes und dem dadurch bedingten Rücktritt desselben von der Reservekasse dieser Fr. 400 übermittelt.
- VI. *Statuten* und *Programme* der Partei werden nach den Entwürfen des Aktionscomités (Ihnen seiner Zeit übermittelt) angenommen (mit wenigen Abänderungen).

Mit Genossengruss,

Bern, den 2. November 1888.

Für das Aktionscomité

Der Präsident:

F. Nyffeler.

Der Sekretär:

A. Steck.



werkschaften kam die Initiative in einer sehr ungünstigen Phase. Um die Jahrhundertwende erwuchs dem Gewerkschaftsbund Konkurrenz durch katholische Gewerkschaften. Um dagegenzuhalten, strebte er einen stärker politisch neutralen Kurs an. Er wollte sich eher von der SP Schweiz lösen als die Zusammenarbeit zu vertiefen. Somit blieb als möglicher Partner der SP Schweiz nur der Grütliverein übrig.

Der Zusammenschluss

Die Abstimmung zur Doppeliniziativa im November 1900 führte zu einer krachenden Niederlage – vor allem für die sozialreform-

rischen Kräfte im Grütliverein. In der sich nun ausbreitenden Ratlosigkeit über die Zukunft des Grütlivereins war dieser schlussendlich zur Zusammenarbeit mit der SP Schweiz bereit. Am 21./22. September 1901 fand eine Doppelveranstaltung des Parteitags der SP Schweiz und der Delegiertenversammlung des Grütlivereins in Solothurn statt. Hier wurde der organisatorische Zusammenschluss beschlossen, die sogenannte Solothurner Hochzeit.

Eine Verschmelzung der Organisationen fand jedoch erst zehn Jahre später statt. Der Grütliverein blieb als eigenständige Organisation innerhalb der SP Schweiz bestehen und

behielt sogar seine Statuten von 1874 bei. Das Zentralkomitee des Grütlivereins stellte den Kern der Geschäftsleitung der SP Schweiz, die lediglich durch sozialdemokratische Beisitzer erweitert wurde. Und über ein gemeinsames Parteiprogramm verfügte das Solothurner Gespann erst, als der Parteitag von Zürich 1904 mit überwältigender Mehrheit dem bis heute wegweisenden Entwurf von Otto Lang zustimmte.



Baden leicht gemacht



mit VitaActiva Badewannen mit Tür

- Seit 2001 Beratungen/ Installationen in der ganzen Schweiz
- Wannentausch, komplette Installation an einem Tag
- Keine Plattenarbeiten erforderlich
- Umfangreiche Auswahl von Badewannen, Massen und Farben
- Bei allen Modellen auf Wunsch Sonderausstattung wie z.B. wohltuender Whirlpool

Fordern Sie noch heute unsere farbige Gratis-Broschüre an!

24h

Gratistelefon: 0800 99 45 99

info@vitaactiva.ch • www.vitaactiva.ch



Ja, senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihre Broschüre zu:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

VitaActiva AG Baarerstr. 78, 6301 Zug
Tel.: 041 7 27 80 39 • Fax: 041 7 27 80 91

CH-SPL12013

Öko-Bio-Grillkurs

25.05.13 13:00-18:00 Uhr
31.05.13 18:00-23:00 Uhr

Vom Aperitif bis zum Digestif Bio!

Tel. 056 622 17 38
www.ochsen-villmergen.ch



Sonntag, 26. Mai, im Bifang Olten

PLAUSCH-FUSSBALLTURNIER

- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- gespielt wird auf kleinem Feld
- der Plausch steht an erster Stelle
- Anmeldungen an Urs Huber
urs.huber@sev-online.ch
- weiter Infos unter
www.sp-olten-goesgen.ch



BRIEFE

«Der Gegner ist angezählt», links 134

Keine Chance?

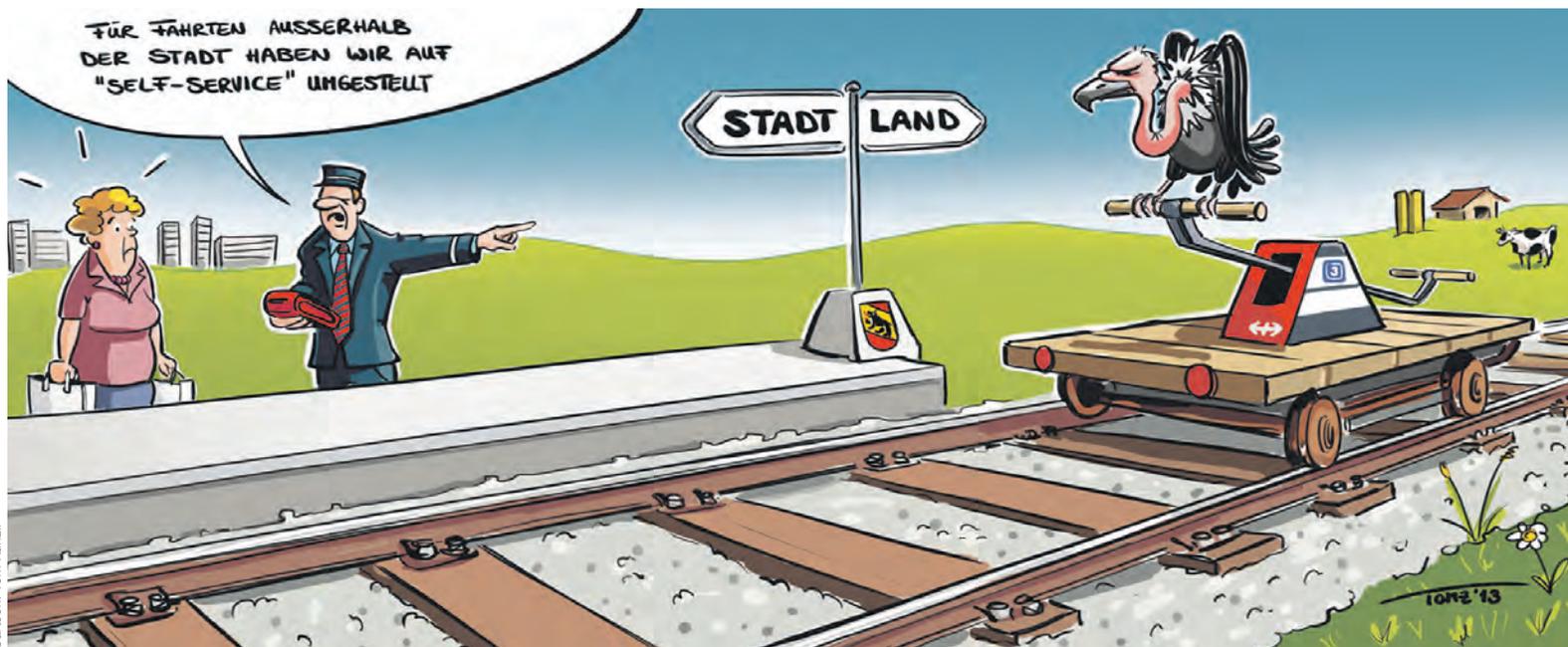
Ich habe Anfang 2011 ein Buch (Belletristik) geschrieben, in dem ich die soziale Ungerechtigkeit anprangere und auf die überrissenen Managerlöhne hinweise. Schon damals habe ich mich für die 1:12-Initiative eingesetzt, obwohl sie noch nach der Grösse der Unternehmen unterscheiden sollte, da ja zum Beispiel ein Arbeitgeber von 10000 Arbeitnehmern eine grössere Verantwortung trägt als einer von 100. Ich war jedoch enttäuscht, weder auf der Homepage der SP, von Beiträgen der JUSO abgesehen, noch im «links» etwas darüber zu finden, zumal es sich hier um ein ureigenstes Anliegen der Partei handelt. Die SP sollte ja nicht nur eine Partei von gut verdienenden und privilegierten Akademikern sein. Als ich einen SP-Politiker auf die noble Zurückhaltung ansprach, entgegnete er

mir, die Initiative habe ohnehin keine Chance.

Jetzt, nach dem überwältigenden Mehr der Abzocker-Initiative, hat das geändert (s. z. B. Artikel auf S. 4 von «links» 134). Ich hoffe, dass sich die SP in Zukunft nicht wie bürgerliche Parteien nach der jeweiligen Windrichtung dreht, sondern konsequent eine Politik für die Minderbemittelten und Ausgebeuteten verfolgt. Sonst muss ich mich als 63-jähriges SP-Mitglied von der Mutter- bzw. Vaterpartei verabschieden und mich vermehrt der JUSO zuwenden.

Es stehen in nächster Zukunft einige wichtige Themen (neben der 1:12- auch die Mindestlohninitiative) auf der Traktandenliste. Hoffentlich setzt sich die SP voll dafür ein und benötigt nicht viel Zeit für die Vorbereitung des 125-Jahre-Jubiläums. Selbstbeweihräucherung ist in schlechten Zeiten nicht angebracht.

Beat Reidy, Fribourg



Stadt & Land – Bern für alle

Spitäler, Schulen, öffentliche Verkehrsverbindungen und Strassen auf hohem Niveau – es ist keine Überraschung, dass Bern kürzlich zur Welthauptstadt der Lebensqualität erkoren wurde. Davon profitieren Bernerinnen und Berner in allen Regionen. Doch ein solcher Service public ist nicht gratis zu haben. Roland Näf

Bernerinnen und Berner geben nicht zu viel aus, aber die Wirtschaftskraft ist tief

Ein weitverzweigtes Strassennetz, Hochwasserschutz im alpinen Gelände, Leitungen bis zum letzten Bauernhof – umso mehr erstaunt das Ergebnis der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP): Das Berner Leistungsangebot ist nicht teurer als jenes in anderen Kantonen, weil die Staatsangestellten für tiefere Löhne gute Leistungen erbringen. Und trotzdem fehlt das Geld.

Die Aussensicht zeigt, dass nur aus der Agglomeration Bern und aus Saanen genügend Steuern in die kantonale Kasse fliessen. In allen anderen Regionen decken die Steuererträge die kantonalen Leistungen nicht. Die Wirtschaftskraft im Kanton Bern liegt einen Viertel unter dem Durchschnitt der Schweizer Kantone. Für vergleichbare Leistungen sind höhere Steuern nötig als im Aargau oder in Zürich. Wegen tiefer Einkommen brauchen auch mehr Leute Krankenkassenprämien-erleichterungen oder Ergänzungsleistungen.

Wahl zwischen drei unerfreulichen Varianten
Wegen Steuersenkungen fehlen dem Kanton Bern nun jedes Jahr 400 Millionen Franken und wir haben die Wahl zwischen drei uner-

freulichen Varianten: Steuersenkungen rückgängig machen, Neuverschuldung oder Abbau bei den grossen Ausgabenposten Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Verkehr. Was das bedeutet, hat die bernische Finanzdirek-

Ein solidarischer Kanton Bern ist wichtiger als ein teures Auto oder Traumferien.

torin Beatrice Simon kürzlich so zusammengefasst: «Das letztjährige Sparpaket war im Vergleich dazu ein laues Lüftchen.»

Solidarität zwischen Stadt und Land als Berner Trumpf

Die unterschiedliche Wirtschaftskraft im Kanton führt zu grossen Finanzflüssen von der Stadt aufs Land. Diese bilden das Fundament des Zusammenhalts unseres Kantons. Wer diesen Mechanismus in Frage stellt, missachtet die Bundesverfassung. Unser Grundrecht verlangt eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Ein Abbau im Service public trifft dabei vor allem das Land: Buslinien mit wenig Passagieren, kleine Schulklassen, Spitäler mit wenig Fällen werden geschlossen und der Unterhalt auf Strassen mit wenig Verkehr reduziert. Von

tiefen Steuern profitieren Spitzenverdienende in der Agglomeration Bern, nicht Leute mit kleinen Einkommen. Gleichzeitig verschärft der Abbau den Verteilungskampf zwischen Stadt und Land. In der Stadt wird die Aufgabe von kleinen Tälern gefordert, auf dem Land die Schliessung von Museen und Theatern. Verheerend wäre der Verzicht auf Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die beiden Säulen einer starken Wirtschaft.

Dank zwei guten Einkommen profitiert meine Familie von den Steuersenkungen und den tiefen Steuersätzen in der Agglomeration Bern. Aber wir sind bereit mehr zu bezahlen, ein solidarischer Kanton Bern ist wichtiger als ein teures Auto oder Traumferien. Zudem fallen die Wohnkosten für die meisten Leute stärker ins Gewicht als die Höhe der Steuern. Mit normalen Einkommen bleibt in einigen Berner Gemeinden am Ende des Monats mehr im Portemonnaie als im Kanton Zürich.

Für mehr Steuergerechtigkeit sorgen

Abbau, höhere Schulden oder Steuersenkungen rückgängig machen? Die SP Kanton Bern lehnt den gefährlichen Verteilungskampf ab. Wir wollen ein Bern für alle. Das erreichen wir mit mehr Steuergerechtigkeit: Konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und höhere Steuern für Superreiche.



Roland Näf, Grossrat, Parteipräsident
SP Kanton Bern

Atommüllentsorgung im Aargau!

Lebensgrundlagen für mehr als 15 Millionen Menschen nicht tragbar ist.

Da wir aber davon ausgehen müssen, dass Vorentscheide schon gefällt wurden und das Bundesamt für Energie nicht glaubhaft nachweisen kann, dass der Prozess für den Standortentscheid tatsächlich noch ergebnisoffen ist, ist unsere Widerstandsarbeit nicht zu Ende. KAIB wächst mit jeder Woche, da immer mehr Besorgte eine Plattform suchen, die sie mit sachlichen und aktuellen Informationen bedient und wo sie auch ihre persönlichen Fragen und Ängste deponieren können.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Co-Präsidentin KAIB. *www.kaib.ch



«Mir hei e Verein ...»

Ich bin Mitglied des Vereins Regionalkonferenz Jura Ost (RK). Die Vereinsstatuten sind weder von uns Mitgliedern noch von der Generalversammlung verabschiedet worden. Unsere «Chefs», das BfE mit dem Ensi und die Nagra, halten die Zügel schön in der Hand. Was wir dürfen, ist ein bisschen «ausschmücken». Die Mitarbeit in der RK ist schwierig. Die GegnerInnen eines Standorts «Bözberg» sind in der Minderheit. Die Interessen der einzelnen RK-Teilnehmer sind nicht transparent, Arbeitgeber und finanzielle Bindungen werden nicht offen gelegt.

Wir sollten mögliche Oberflächenstandorte als geeignet bezeichnen, ohne dass wir den Untergrund, das Risiko des Zugangs oder die Gefährlichkeit des Transportwegs kennen.

Eigentlich mache ich in der RK mit, um mitzuhelfen, eine nachhaltige Lösung für die Lagerung von radioaktivem Abfall zu finden. Aber oft denke ich: Mir hei e Verein, i ghöre derzue, doch mängisch wünscht ich mir, ich ghörti nid derzue...

Rita Boeck von Brugg ist SP-Einwohnerin, -Grossrätin und KAIB-Vertreterin in der Regionalkonferenz Jura Ost.



KAAZ! – Kein Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Lenzburg-Zofingen!

Demokratie beim Atommüllverloren

Am 27. April verabschiedet die Regionalkonferenz Plattform Jura Südfuss (PJS) eine Empfehlung an das Bundesamt für Energie für einen der vier regionalen Standorte Suhr, Kölliken und zwei Standorte in Däniken. Das Verfahren läuft intransparent und unwissenschaftlich.

Die Regionalkonferenz PJS informierte die Öffentlichkeit über die bevorstehende Entscheidung nicht. Dennoch erfuhr der Verein KAAZ! von diesem für die Region wichtigen Termin und schickte sogleich einen offenen Brief an den Vorstand der Regionalkonferenz PJS. KAAZ! bemängelt darin die fehlende Transparenz und Öffentlichkeit der Entscheidungsverbreitung, fragt nach den Entscheidungsgrundlagen für die Empfehlung der Regionalkonferenz und der Sicherstellung der paritätischen Vertretung der betroffenen Gemeinden und Regionen, vor allem aber danach, wie die Bevölkerung im Vorfeld über den Ablauf der Entscheidungsfindung informiert wird. KAAZ!

lud zudem den Präsidenten an eine öffentliche Veranstaltung am 10. April nach Aarau ein: Die Regionalkonferenz sollte der Öffentlichkeit ihre Entscheidungsgrundlagen vorstellen und die Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten.

KAAZ!

Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen-Lenzburg!



ten können. Meisterlandwirt, FDP-Kantonsrat, Schönenwerder Gemeindepräsident und Präsident der Regionalkonferenz Peter Hodel lehnte die Einladung ab. Der Anlass fand dennoch statt.

Die Besorgnisse von KAAZ! sind begründet. Den Standortentscheid hat der Vorstand nämlich bereits gefällt: Gemäss «Schweiz am Sonntag» vom 31. März 2013 soll die Oberflächenanlage in Däniken gebaut werden. Die geplante Abstimmung in der Regionalkonferenz ist nur noch eine Farce, um einem undemokratischen Vorgehen das Mäntelchen der



Partizipation umzuhängen. Die bisher in der Regionalkonferenz engagierten Bürgerinnen und Bürger hatten Alibifunktion.

Die Verfahren zur Standortsuche sollen offenbar vor allem zeigen, wo der politische Widerstand am geringsten ist. Wehren lohnt sich! Allerdings hat im Solothurner Teil der Region Jura-Südfuss der Trick des BfE funktion-

«Die Hauptgefahr ist, dass die Standortsuche von den nicht gelösten technischen Problemen ablenkt.»

DR. SC. NAT. ETH WALTER WILDI, GEOLOGIEPROFESSOR UNIVERSITÄT GENÈVE

nier: Man bindet die Widerstandsvereine in die Regionalkonferenzen ein und schwächt damit ihre Möglichkeiten zum politischen Widerstand. SP-Kantonsrat Urs Huber, Präsident von NoE*, ist Mitglied in der Regionalkonferenz. Die schriftliche Einladung von KAAZ! an NoE, den offenen Brief an die Regionalkonferenz ebenfalls zu unterzeichnen und den Anlass vom 10. April gemeinsam durchzuführen, blieb unbeantwortet. Den Mitgliedern der Regionalkonferenz empfiehlt KAAZ!, am 27. April keinen der vier evaluierten Standorte in der Region Jura-Südfuss für den Bau einer Oberflächenanlage zu nennen. Das wäre im Sinne der Bevölkerung, die sie in der Regionalkonferenz vertreten müssten.

Weitere Informationen unter www.ka-az.ch

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau und Präsidentin von KAAZ! *Niederamt ohne Endlager



DAS HERZSTÜCK DER REGIO-S-BAHN

Eine Herzensangelegenheit und ein Akt der Vernunft

Mit dem «Herzstück» schliesst sich das Regio-S-Bahn-Geflecht unter dem Hoheitsgebiet der Stadt. Die verschiedenen Äste der Regio-S-Bahn führen heute von Deutschland, Frankreich und aus dem Frick-, Ergolz- und Birstal sternförmig auf die Kernstadt zu. Weil sowohl der Bahnhof Basel SBB als auch der Badische Bahnhof (ins Wiesental und für die Hochrhein-strecke) Sackbahnhöfe sind, braucht es bei einer Verknüpfung der Linien in jedem dieser Bahnhöfe jeweils eine zeitaufwändige Spitzkehre.

Mit dem Herzstück fallen diese Richtungswechsel weg: Die beiden Bahnhöfe können durchfahren werden und die Linien werden optimal verknüpft. Somit wird auch ein Viertelstundentakt auf den heutigen Linien der S1

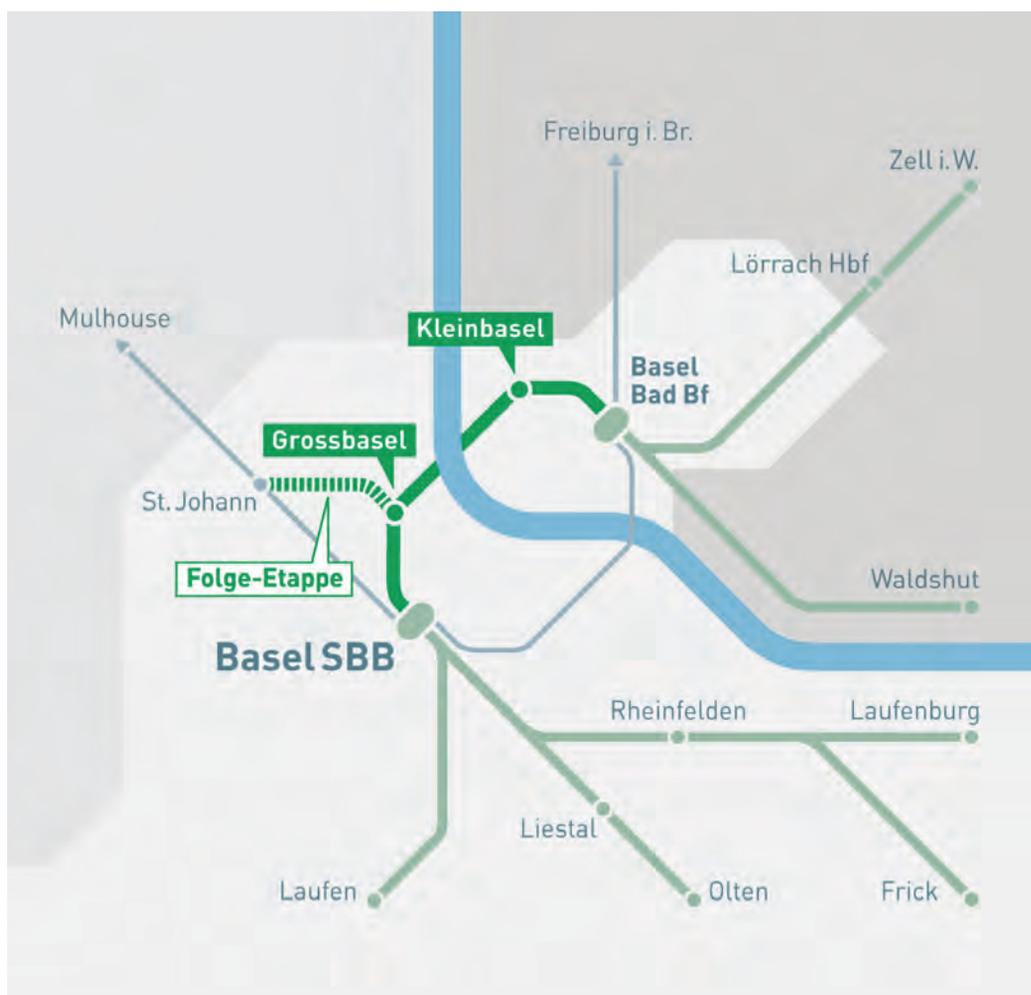
und S3 möglich. Das dient den Bewohnerinnen und Bewohnern aus der gesamten trinationalen Region. Sie wollen in die Stadt, arbeiten hier oder finden ihre Arbeitsplätze in den jeweiligen Agglomerationen vor den «Toren» der Stadt Basel. So gesehen dient das Verkehrsbauplan auf den ersten Blick vor allem der Region. Aber halt: Auch die StädteInnen profitieren von der zu erwartenden Abnahme der motorisierten Pendlerströme. Gleichzeitig, als Nebeneffekt, finden sich Stadtbesuchende mit den vorgesehenen Stadtstationen, unter dem Gross- und Kleinbasel, mitten in der touristischen Altstadt, ebenso in den Einkaufszonen

der Innenstadt. Und auch für Baslerinnen und Basler eröffnet sich mit der Regio-S-Bahn die Möglichkeit, umsteigefrei aus der Stadt in die gesamte Regio zu gelangen, sei es als Beschäftigte, sei es als Erholungssuchende in den schönen Naherholungsgebieten von Jura, Schwarzwald und Elsass.

«Umsteigefrei in die gesamte Region.»

Ein Vorhaben in der Grössenordnung des Herzstücks ist für die Eisenbahn-Region Basel ein Jahrhundertprojekt. Darum wurde auch die Variantendiskussion sehr lange geführt und das Resultat wurde nochmals von einem ausgewiesenen Spezialisten verifiziert: Das mit Abstand beste Kosten/Nutzen-Verhältnis weist die Variante Mitte auf, diese könnte allenfalls noch zur Variante Y ergänzt werden. Die Kosten belaufen sich inkl. Y-Ast auf 1,5 bis 2 Milliarden. Die beiden Bahnhöfe werden mit je einer neuen Haltestelle in Gross- und Kleinbasel verbunden.

Wenn wir die Regio-S-Bahn nicht verknüpfen, lassen wir zu, dass sich der Autostau alltäglich vervielfacht. Es wird einen weiteren Ausbau der Strasseninfrastruktur brauchen und die Wohn- und Lebensqualität wird dadurch, nicht nur in der Kernstadt, abnehmen. Das wirtschaftliche Gedeihen wird langfristig gefährdet. All diese Ausbaumassnahmen zu Gunsten des ÖV entbinden uns jedoch nicht vom Nachdenken über andere Siedlungsstrukturen. Wohnen und Arbeiten müssen wieder näher zueinander kommen. Auch Regio-S-Bahn-Mobilität hat ihre Grenzen.



Herzstück Regio-S-Bahn Basel, Technischer Schlussbericht der Vorstudien 2008 – 2012, BVD BS/ BUD BL.

Kathrin Schweizer
Landrätin BL



Steffi Lüthi-Brüderlin
Grossrat BS



«Es herrscht das Kartell des Schweigens»

Kurz vor der Landsgemeinde hat Innerrhoden einen politischen Skandal. Im Halbkanton tut man, was man in solchen Fällen immer tut: Man schweigt. Einzig die SP fordert eine umfassende Untersuchung des Falls. Interview: Andrea Bauer

Einen Monat vor der Landsgemeinde hat der Innerrhoder Alt-Regierungsrat Sepp Moser ausgepackt: Ende März erhob er schwere Vorwürfe gegen die Regierung, der er bis 2011 selber angehörte. Es geht unter anderem um Ungereimtheiten bei einem Landverkauf des Kantons an die Seilbahnen Jakobsbad-Kronberg. Der Preis für das Land sank von 2 auf 1,6 Millionen, nachdem Landammann Fässler Verwaltungsrat der Seilbahnen geworden war. Moser hatte den Präsidenten der Staatswirtschaftlichen Kommission, der die Kontrollfunktion zukommt, bereits vor mehr als zwei Jahren über Unregelmässigkeiten informiert. Dieser unternahm lange nichts und liess sich sogar ebenfalls in den Verwaltungsrat der Seilbahnen wählen.

Man hat das Gefühl, es rumore gewaltig in der Innerrhoder Politik ...

Das mag von aussen den Anschein machen, tatsächlich ist es im Kanton zurzeit sehr ruhig. Die Regierung hat Mosers Vorwürfe von sich gewiesen, es steht Aussage gegen Aussage. Seither herrscht das Kartell des Schweigens. Wir als SP wollen nun mit einer Resolution eine umfassende Untersuchung durch die Staatswirtschaftliche Kommission fordern.

Wie reagiert die Öffentlichkeit darauf?

Jeglicher Versuch, die Sache mit den politischen Parteien und Verbänden zu diskutieren, stösst auf Unverständnis. In der Bevölkerung wagt kaum jemand, etwas zu sagen.

Könnte der Fall nicht eine Lawine ins Rollen bringen?

Die Strategie der Regierung ist, Gras über die Sache wachsen zu lassen. Wenn aber die



Martin Pfister: «Die Themen, mit denen wir uns seit unserer Gründung befassen, werden uns jetzt auf dem Silbertablett präsentiert.»

Staatswirtschaftliche Kommission sauber arbeitet, wird das nicht gelingen. Andernfalls werden wir nachhaken. Der Fall, der jetzt auf dem Tisch liegt, ist nur ein Bruchteil der Akten, die Sepp Moser der Kommission übergeben hat. Wir lassen nicht mehr locker. Und vielleicht können wir ein paar Leute aufrütteln, die sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Die SP unterstützt eine Initiative von Sepp Moser, die eine Amtszeitbeschränkung für Regierungsmitglieder verlangt ...

Ja. Wir haben ein überparteiliches Komitee gegründet und hoffen, dass sie an der kommenden Landsgemeinde gut abschneidet. Unabhängig davon werden wir den Leuten weiter die Problematik unseres politischen Systems aufzeigen.

Welche Problematik?

Es darf keine Ämterkumulation mehr geben. Man muss die Halbämter der Regierungsmitglieder überdenken: Sie verdienen zu wenig, weshalb sie alle weitere Tätigkeiten ausüben – zum Beispiel Verwaltungsratsmandate. Zudem brauchen wir ein Proporzsystem. Heute haben wir nur Personenwahlen, was schlecht ist für die politische Vielfalt. Innerrhoden ist sehr klein und die Gefahr der Verflechtung dadurch gross.

Die politische Kultur wird man aber nicht durch Regeln ändern können.

Bis vor dreissig Jahren gab es in Innerrhoden keine Gewaltentrennung: Der Landammann war gleichzeitig auch Grossratspräsident. Landammann Raymond Broger war zudem auch noch Chefredaktor des «Appenzeller Volksfreunds», der einzigen Zeitung im Kanton. In unserer politischen Tradition ist alles auf starke Persönlichkeiten fokussiert, die von Clan-Strukturen umgeben sind. Zuoberst steht der Landammann. Und dann gibt es die Omer-tà, das Schweigen. Solche Strukturen wie in Innerrhoden findet man noch in Emmentaler Bauernfamilien oder in der Mafia. Wenn wir Innerrhoden ins 21. Jahrhundert führen wollen, müssen wir das ändern.

Du kommst ursprünglich aus dem Kanton Zürich. Kannst du deswegen unbelastet an das Ganze herangehen?

Ja. Ich komme von aussen und ich arbeite zudem ausserhalb des Kantons. Auch die SP ist unbelastet. Wir sind noch in keinem Parlament, in keiner Exekutive vertreten. Unsere Rolle ist darum wichtig und ich bin froh, dass wir die SP schon letztes Jahr gegründet haben. Die Themen, mit denen wir uns seit unserer Gründung befassen, werden uns jetzt auf dem Silbertablett präsentiert.

ZUR PERSON

Martin Pfister wohnt in Gonten und ist Schulischer Sozialarbeiter und Sozialpädagoge in Herisau. Im August 2012 gründete er mit Gleichgesinnten die SP Appenzell Innerrhoden, deren Präsident er heute ist. Die SP Appenzell Innerrhoden ist die letzte Kantonalpartei der SP Schweiz und hat mittlerweile rund dreissig Mitglieder und SympathisantInnen. Pfister war von 2004 bis 2012 Präsident der SP-nahen Gruppe für Innerrhoden (Gfl) und kandidierte 2011 als erster Linker überhaupt für den einzigen Innerrhoder Nationalrats-sitz.

KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Gegen die Herdprämie!

Die Formen des Zusammenlebens als Familie haben sich verändert – das muss auch in der Familienpolitik anerkannt werden. Dazu braucht es weder eine Aufwertung der Ehe, wie dies der CVP vorschwebt, noch eine Herdprämie wie sie die SVP propagiert. Letztere wird in der Sondersession im Parlament am 15. April 2013 behandelt. Konkret geht es um eine Initiative, die fordert, dass Familien die Betreuung ihrer eigenen Kinder von den Steuern abziehen können, wie dies bei der Fremdbetreuung der Fall ist. Eine verlockende Idee? Nun, zuallererst wäre dies ein Steuergeschenk für 10 Prozent aller Steuerzahlenden. Da es sich um Abzüge handelt, profitieren selbstredend arme Familien nicht davon, umso mehr jedoch Familien mit höheren Einkommen. Das ist eine stossende Verletzung des Grundsatzes der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das Ganze ist zudem ein ziemlich durchsichtiges Manöver zur Etablierung einer Herdprämie für Frauen: Wer die Kinder selbst betreut, was zeitintensiv ist, wird mit Steuerentlastungen belohnt. Und das beschert den Kantonen ein riesiges Loch auf der Einnahmeseite. Gleichzeitig entstehen zusätzliche Steuerausfälle, weil jene Personen, die zu Hause ihre Kinder betreuen, nicht arbeitstätig sind.

Während die klassische männliche Ernährerrolle aufgelöst wird und die weibliche Erwerbsarbeit zunimmt, findet bei der Sorgearbeit keine Neuverteilung zwischen den Geschlechtern statt. Es braucht eine Investition in die Betreuungsarbeit. Und zwar nicht, indem diese privatisiert und die Frau an den Herd verbannt wird, sondern indem sie ausgebaut und entsprechend finanziert wird. Die Versorgung mit guter Betreuung und Pflege ist ein politischer Auftrag, den es umzusetzen gilt. Womit klar wird: Familien- und Wirtschaftspolitik gehören zusammen.

Die SP Frauen Schweiz diskutiert am 27. April 2013 in Baden über eine nachhaltige und geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik. Visionen für eine Schweiz, wie sie sich bereits bei Iris von Roten in ihrem Buch «Frauen im Laufgitter» finden lassen. Deshalb widmen wir ihr auch den Morgen und zeigen an einer Matinée den Film «Verliebte Feinde». Interessierte sind sehr willkommen.

Mehr Informationen: www.sp-frauen.ch

Versuch misslungen

Die Idee des Wettbewerbs lässt sich schlecht auf eine Sozialversicherung anwenden. Bei den Krankenkassen hat man das versucht, doch heute ist klar: Das Experiment «Wettbewerb in der sozialen Krankenversicherung» ist gescheitert. Besser übergibt man diese Aufgabe der öffentlichen Hand.

Im Auftrag der SP-Bundeshausfraktion habe ich die Argumente, die für einen Systemwechsel von einer Vielzahl von Krankenkassen hin zu einer öffentlichen Einheitskasse sprechen, systematisch herausgearbeitet und auf Herz und Nieren geprüft. Unter dem Strich lässt sich aus gesundheitsökonomischer Sicht eine positive Bilanz ziehen über die Folgen einer Annahme der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse.

Fehlgeleiteter Wettbewerb

Mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz führte die Schweiz 1996 eine obligatorische Grundversicherung ein, mit dem Ziel, die Solidarität zwischen Kranken und Gesunden zu stärken. Zugleich wollte der Gesetzgeber, dass die Krankenversicherer weiterhin miteinander im Wettbewerb stehen. Er versprach sich vom Wettbewerb mehr Effizienz und weniger Verwaltungsaufwand. Damit begab sich die Gesundheitspolitik auf eine Gratwanderung, Wettbewerb und Solidarität sollten unter einen Hut gebracht werden.

Im heute geltenden «regulierten Wettbewerb» können die Krankenkassen weder risikogerechte Prämien festlegen noch frei entscheiden, mit welchen Leistungserbringern sie zusammenarbeiten. Punkten könnten sie theoretisch mit guten Serviceleistungen, konsequentem Kostenmanagement und innovativen Versicherungsmodellen. In der Praxis konzentrieren sich die Krankenkassen jedoch darauf, die Prämien der Konkurrenz zu unterbieten, indem sie versuchen, gute Risiken anzulocken und schlechte Risiken abzuwimmeln. Diese Risikoselektion geht hauptsächlich zu Lasten der älteren und chronisch kranken Versicherten.

Das Experiment der Versicherungsgesellschaften, die miteinander im Wettbewerb stehen, muss in dieser Form als gescheitert betrachtet werden. Der Wettbewerb dreht sich

einzig um gute Risiken, was die Innovation hemmt, statt sie zu fördern, und er ist insgesamt schädlich für die Qualität der Gesundheitsversorgung.

Mehr Kostenkontrolle

Mit der öffentlichen Krankenkasse entsteht ein erhebliches Potenzial für Verbesserungen der Effizienz und der Qualität der Versorgung. Mit Kooperationen und strukturierten Behandlungsprogrammen können 10 bis 20 Prozent der Kosten eingespart werden, und das bei gleich bleibender oder steigender Versorgungsqualität. Allein bei den teuersten 5 Prozent der Patientinnen und Patienten, die mehr

als die Hälfte der Kosten in der Grundversicherung auslösen, liegt ein Prämien-Sparpotenzial in Milliardenhöhe. Für die öffentliche Krankenkasse, welche die schlechten Risiken nicht abschieben kann, wird es sich lohnen, den relativ wenigen teuren und sehr teuren Patientinnen und Patienten besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Die Krankenkassen haben es verpasst, den Beweis zu erbringen, dass Wettbewerb zu besserer Qualität und geringeren Kos-

ten führt. Eine öffentliche Krankenkasse hätte mehr Anreize, ihren Versicherten kostengünstige und bedürfnisgerechte Dienstleistungen anzubieten. Sie würde Integration und Koordination fördern und damit Kosten senken. Sie würde zudem einen Beitrag leisten zu einer besseren Versorgungsqualität.

www.spschweiz.ch/studie_krankenkasse

**GÜNSTIG
UND GERECHT**
Initiative für eine öffentliche
Krankenkasse



Anna Sax ist Ökonomin und Dozentin für Gesundheits- und Sozialpolitik

7/9/2013
 JUBILÄUMS
 FEST/PROGR
 & WAISENHAUS
 PLATZ/BERN



Der Berner Waisenhausplatz, Ort der Zusammenkunft und des Fests, ganz im Zeichen des 125-Jahr-Jubiläums.

Im September gemeinsam feiern

Im Herbst dieses Jahres wird die SP Schweiz 125 Jahre alt. Das soll gebührend gefeiert werden – sind es doch 125 bewegte Jahre mit zahlreichen Errungenschaften und etlichen Meilensteinen auf dem Weg zu einer Schweiz für alle statt für wenige.

Das Fest am 7. September in Bern auf dem Waisenhausplatz und im Kulturzentrum PROGR ist in erster Linie ein Dankeschön an alle Mitglieder, die die Basis der Partei bilden. Ohne ihr Engagement könnte die Partei nicht existieren. Das Fest soll aber auch der breiten Bevölkerung, sprich allen Interessierten, offenstehen. Die Vorbereitungen für die Festlichkeiten laufen bereits an verschiedenen Fronten auf Hochtouren: Das vielseitige Programm ist in der Detailplanung; von den etlichen Konzerten über Lesungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, eine Kunstauktion (siehe unten) und eine Disco bis hin zu den Räumlichkeiten, Bewilligungen, den Verpflegungsmöglichkeiten oder dem Sicherheitskonzept muss alles berücksichtigt werden. Dabei wird stets der Leitgedanke des Jubiläumsfests mit einbezogen – die Botschaft der Solidarität «Für alle

statt für wenige», für die die SP seit 125 Jahren einsteht. Herzstück des Programms wird die Präsentation und Verabschiedung eines Manifests auf dem Waisenhausplatz sein: der Bei-

trag der Sozialdemokratischen Partei zu einer sozialeren und umweltfreundlicheren Schweiz.

Übrigens: Wer sich jetzt zum Fest anmeldet, erhält im August ein Fest-Paket mit Programmheft, Essens-Bon, Quartett-Spiel und Festbündel und bezahlt dafür 15 anstatt 25 Franken. Das Paket wird nach Anmeldeschluss Anfang Juli in Rechnung gestellt.

Weitere Informationen folgen – reserviert euch jetzt den Termin.

Wir freuen uns auf ein schönes, ausgelassenes Fest mit euch!

IN KÜRZE

Datum: 7. September 2013
 Zeit: 13 Uhr bis zum Morgengrauen
 Ort: Waisenhausplatz und Kulturzentrum Progr, Bern
 Weitere Informationen (ab Ende April):
www.125jahresp.ch
 Kontaktpersonen:
 Philipp Ruffiner, Projektverantwortlicher
 Franziska Güder, Projektpraktikantin
125jahre@spschweiz.ch

Philipp Ruffiner
 Projektverantwortlicher
Franziska Güder
 Projektpraktikantin



Kunstauktion im PROGR

Für das 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz hat sich die Festorganisation etwas ganz Besonderes ausgedacht: eine unkonventionelle Kunstauktion im Kulturzentrum PROGR. Unkonventionell ist dieses Ereignis in vielerlei Hinsicht. Die gesuchten Kunstwerke werden unter der gemeinsamen Botschaft «Für alle statt für wenige» zusammengefasst. Jedes eingereichte Werk kommt unter den Hammer. Zudem darf hier erstmals bekannt

gegeben werden, dass Alexander Tschäppät, Berner Stadtpräsident und ausgewiesener Auktionator, die Zuschläge erteilen wird. Man darf gespannt sein.

Bist du selbst Künstler/in oder kennst eine Person, die künstlerisch tätig ist? Dann findest du hier die Teilnahmebedingungen:

Alle Werke müssen unter 125jahre@spschweiz.ch bis spätestens Ende Juni angemeldet werden. Dabei sind die vollständi-

gen Koordinaten der Künstlerin/des Künstlers, der Titel des Werks, eine ungefähre Preisvorstellung und Dimension des Werks anzugeben. Die SP bestätigt die Teilnahme an der Auktion bis 31. Juli, sobald mindestens zehn Kunstschaffende teilnehmen.

Der Auktionsertrag fließt zur Hälfte an die Kunstschaffenden und zur Hälfte an die SP Schweiz. Alle angemeldeten und bestätigten Werke erhalten einen Min-

destbeitrag von 200 Franken. Die Kunstschaffenden müssen die Werke bis spätestens 1. September bei der SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61 in Bern, mit einem persönlichen Einzahlungsschein abgeben, mit welchem die Hälfte des Auktionspreises überwiesen werden wird.

Bei Fragen:
 Franziska Güder, 031 329 69 95,
125jahre@spschweiz.ch

«SP wie auch Gewerkschaften müssen vernetzen und zusammenarbeiten»

In ihrem Buch «Schweizer Gewerkschaften und Europa (1960–2005)» beschreibt die Zürcher Historikerin und SP-Politikerin Rebekka Wyler den weiten Weg der Schweizer Gewerkschaften von einer «neutralen» Zurückhaltung gegenüber Europa hin zu einer aktiven Politik.

Katharina Kerr: Im «Sonntag» vom 17. Februar sagte Micheline Calmy-Rey in einem Interview: «Die Personenfreizügigkeit wurde damals mit flankierenden Massnahmen vom Volk angenommen. Wir haben dem Volk damals versprochen, die Folgen der Einwanderung mit flankierenden Massnahmen zu bekämpfen. Und da ist viel zu wenig passiert.» Letztes Jahr wurden mit der Revision des Entsendegesetzes einige rechtliche Lücken bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen beseitigt. Scheinselbstständigkeit und Verstösse gegen zwingende Lohn- und Arbeitsbedingungen können so bekämpft werden, neu gilt die Solidarhaftung im Baugewerbe. Genügt das?

Rebekka Wyler: Zentral ist, dass die tripartiten Kommissionen, in denen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kantone Löhne und Arbeitsbedingungen kontrollieren, über genügend Ressourcen und Personal verfügen. Auch braucht es griffige Sanktionsmöglichkeiten. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die Sanktionen sich gegen die fehlbaren Arbeitgeber richten, und nicht gegen die Arbeitnehmenden. Ziel ist die flächendeckende Durchsetzung des «Vor-Ort-Prinzips», das be-

deutet: gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Braucht es auch für den Wohnungsmarkt flankierende Massnahmen? Sind die Gewerkschaften daran interessiert?

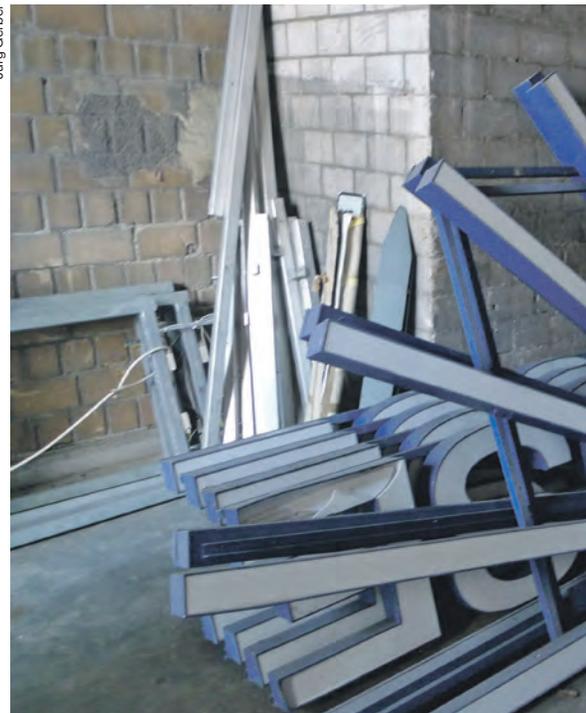
Gewerkschaften haben ein grosses Interesse an günstigen Wohnungen, schwächen doch über-teuerte Mieten – wie übrigens auch hohe Krankenkassenprämien – die Kaufkraft der Arbeitnehmenden empfindlich. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie lange man an der Schraube der flankierenden Massnahmen noch drehen

«Zentral ist, dass die tripartiten Kommissionen über genügend Ressourcen und Personal verfügen.»

kann: Kann man damit jedes politische Problem lösen? Ausserdem müsste zuerst klar sein, ob die Mietpreisexplosion wirklich in erster Linie auf die Zuwanderung zurückzuführen ist oder ob nicht vielmehr andere Faktoren ausschlaggebend sind.

Wie sicher sind die flankierenden Massnahmen gegenüber der EU?

Jürg Gerber



Abmontierte Logos im Firmenkeller – immer wieder neue

Ich gehe davon aus, dass sie aufrechterhalten werden können. Trotz autonomem Nachvollzug kann die Schweiz ihre Gesetze immer noch selber festlegen. Gleichzeitig sind die flankierenden Massnahmen natürlich fanatischen Anhängern sogenannter freier Märkte ein Dorn im Auge, sowohl in der Schweiz als auch im Ausland.



Rebekka Wyler ist Gemeinderätin (Legislative) in Zürich und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zürcher Staatsarchiv.

SCHWEIZER GEWERKSCHAFTEN UND EUROPA 1960–2005



Seit der Gründung der EFTA 1960 haben die Schweizer Gewerkschaften ihre Position gegenüber Europa grundsätzlich verändert. Nach dem Krieg lehnten die Gewerkschaften (fast) jedes europäische oder globale Engagement ab. Ein aus Kriegszeiten bewahrtes Neutralitätsdenken und die ebenfalls als traditionell verteidigte Friedenspflicht engten Denken und Handeln der Verbände ein. Erst mit der Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft stellten sich die Schweizer Gewerkschaften den neuen Aufgaben im In- und Ausland. Nach dem EWR-Debakel von 1992 – damals hatten sie noch bedingungslos

die Ja-Parole gefasst – lernten sie, Druck auf die Politik zu machen: Zustimmung der Gewerkschaften für die Bilateralen Verträge gab es nur unter der Bedingung der flankierenden Massnahmen. Rebekka Wyler hat diese Geschichte mit Recherchen in Gewerkschafts- und Firmenarchiven und in Gesprächen mit Zeuginnen und Zeugen des Prozesses aus Sicht der Schweizer Gewerkschaften aufgearbeitet. Behandelt werden die gewerkschaftliche Europapolitik, das europäische und internationale Netzwerk der Schweizer Gewerkschaften und die Mitarbeit in europäischen Betriebsräten.

Rebekka Wyler

Schweizer Gewerkschaften und Europa 1960–2005

Westfälisches Dampfboot 2012, 346 Seiten, Fr. 40.90

sich besser



Besitzer und Namen

Verdächtig scheint mir das Weibeln der Versicherungsjuristin Christa Markwalder für Europa. Nützt Europa vor allem den Lobbyistinnen und Lobbyisten? Oder ist die EU ein Friedenswerk? Wie schaffen wir «unser» Europa?

Die Skepsis ist bei der SP und vor allem bei den Gewerkschaften inzwischen gross – und das nicht ohne Grund. Die EU ist sowohl ein Friedenswerk als auch ein kapitalistisches Projekt; man denke nur an die Vorgaben, die aktuell Griechenland auferlegt werden. Die EU ist sicherlich keine Basisdemokratie, auch wenn es mit der Europäischen Volksinitiative neuerdings – wenn auch unverbindliche – Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung gibt. Abgesehen von der Beitrittsdiskussion, die weiter geführt werden muss, ist es zentral, dass SP wie auch die Gewerkschaften sich international und europäisch besser vernetzen und zusammenarbeiten.

Katharina Kerr
ist Journalistin BR
und Redaktorin links.ag



GENOSSEN

Peywand Kassraian ist Praktikantin in der SP-Kampagnenabteilung, kritische Museumsbesucherin und leidet – gemäss «Kassen-Zettel-Diagnose» – an Perfektionswahn.



Massenmord an Möglichkeiten

Bis im November präsentiert das Stapferhaus in Lenzburg eine Ausstellung, die sich mit dem Dreh- und Angelpunkt unseres Lebens befasst: unseren Entscheidungen. Ein Besuch lohnt sich.

Hast du schon mal daran gedacht, dass dein Leben im Grunde nichts ist als das Resultat der unzähligen Entscheidungen, die du im Laufe deines Daseins gefällt hast? Daran, wie alles hätte anders kommen

können, wenn du an einem bestimmten Tag eben doch links abgebogen wärst? Kunst studiert hättest? Keine Kinder bekommen hättest? Jede Entscheidung ist Massenmord an Möglichkeiten. Dennoch: Nicht entscheiden können wir nicht. Entscheide bestimmen im Grossen wie im Kleinen darüber mit, was für ein Leben wir führen, wer unsere Freunde sind, zu wem wir werden.

Diesen und ähnlichen Fragestellungen widmet das Stapferhaus in Lenzburg sein aktuelles Projekt. Unter dem Titel «Entscheiden – eine Ausstellung im Supermarkt der Möglichkeiten» führt es in die spannende Welt des «Was wäre, wenn».

Bereits der Eintritt in die Ausstellung ist ein Lob wert: Empfangen wird die Besucherin mit einem humorvollen Kurzfilm, der die Entwicklung der individuellen Entscheidungsmacht im Verlauf der menschlichen Zivilisationsgeschichte aufzeigt und eine gute Einführung ins Thema darstellt. Nach der Vorführung wird die Zuschauerin zurück ins 21. Jahrhundert und in die verschiedenen Stationen der Ausstellung entlassen.

Diese erstrecken sich auf drei Stockwerken und setzen sich mit jeweils spezifischen Subthemen wie Konsum, Karriere, Liebe, Politik und Medizin auseinander. Vom Einfluss von Entscheidungen auf unser Beziehungs- und Berufsleben über die Voraussetzungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit bis hin zur Frage nach der Verantwortbarkeit von Entscheidungen werden auf diese Weise verschiedene Bereiche des Themenspektrums abgedeckt.

Die Ausstellung ist spielerisch gestaltet und lockt neben Plakaten, Film- und Audiobeiträgen mit einer Vielzahl von Installationen, die zum Mitmachen einladen. Das Highlight bilden die Kassenwagen, welche das – wortwörtliche – Abwägen der eigenen Entscheidungsfreudigkeit anbieten. Die Auswertung der hier beantworteten Fragen wird zum Schluss des Besuchs dem eigenen Kassenbon aufgedruckt und zum Unters-Kopfkissen-Legen mit nach Hause gegeben.

Entscheiden – eine Ausstellung über das Leben im Supermarkt der Möglichkeiten

Stapferhaus Lenzburg, bis 30.11.2013

Di–So: 10–17 Uhr/Do: 10–20 Uhr

Eintritt: Erwachsene: Fr. 19.–/Lernende und Studierende bis 25 Jahre: Fr. 12.–/Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: Fr. 8.–/Kinder bis 6 Jahre: gratis

www.stapferhaus.ch/ausstellung

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch



ROTSTICH

Seine Heiligkeit und die Vignette

Mich beisst – pardon! – laust der Affe: Seine Heiligkeit unterstützt die 1:12-Initiative! «Wenn ich abstimmen dürfte, würde ich wohl Ja stimmen», bekennt der Dalai Lama. «Was nützt den Reichen ihr Geld auf irgendeinem Bankkonto, wenn ihre letzte Stunde schlägt?», fragt der Strahlemann aus Tibet rhetorisch und ganz zu Recht. Zugegeben, ein Outing Franziskus' hätte die Stimmenden in den CVP-Stammlanden wohl mehr beeindruckt. Aber wir wissen jeden Support von oben zu schätzen.

«Weshalb schicken diese Leute nicht zwei, drei Dutzend Lastwagen mit Lebensmitteln zu den Menschen in den Slums, die darauf angewiesen sind?», bohrt der Dalai Lama in der «Schweiz am Sonntag» weiter. Giezendanner würde die Fuhre sicher übernehmen. Und weil diese Leute ja reich sind, könnten sie sich sogar die Autobahnvignetten für die Brummis leisten. Ganz anders Fadime: Die 30-jährige Servicemitarbeiterin schildert im «Blick» ihre Not: «Für eine Kleinfamilie wie bei mir sind 100 Franken viel Geld!» Wie fleischgewordene Empörung posiert sie auf der Kühlerhaube ihres getunten Autos und sagt: «Wir müssen uns jetzt sogar überlegen, unseren Zweitwagen wegzugeben.»

Sapperlot, da werden Menschen zum Äussersten getrieben! Gedanklich werkle ich, die ersten Sonnenstrahlen dieses Jahres geniessend, bereits fleissig am Text der Zweitwagen-Initiative. «Ein Cabrio für alle statt für wenige», murmele ich und möchte der gebeutelten Frau am liebsten die tröstenden Worte des Dalai Lama zurufen: «Leid adelt den Menschen. Nur wer Leid erträgt, wird Glück erfahren». Was dieser beim angekündigten Vignetten-Referendum auf seinen Stimmzettel schreiben würde – wir wissen es nicht. Denn zum Glück äussert er sich nur zu wichtigen Themen.

Cüpli-Sozi

Rhetorisches Ballspiel

Informiert, überzeugend und sprachlich sattelfest sollen Jugendliche dank «Jugend debattiert» sein. Das Projekt der Stiftung Dialog dient der Förderung der politischen Bildung junger Menschen. Spielerisch sollen sie an kontroverse Fragen herangeführt werden und lernen, sich eine eigene Meinung zu bilden sowie diese glaubhaft zu vertreten.

Was sich im ersten Moment einfach anhört, stellt sich in der Praxis als schwierig heraus: Drei Wochen vor der Debatte erfahren die Teilnehmenden, zu welchen Themen sie debattieren werden. In jeder Debatte treten vier Jugendliche gegeneinander an. Zwei von ihnen vertreten die Pro-Position zu einer Streitfrage, die anderen zwei die Kontra-Position.

Nicht gefragt: lange Monologe

Die jeweiligen Positionen (pro oder kontra) werden allerdings erst 30 Minuten vor der Debatte zugelost. Während der Debatte müssen sich die Debattierenden an zeitliche Vorgaben halten. In einer Eröffnungsrunde können sie während zweier Minuten ungestört ihren Standpunkt darlegen. In der folgenden, zwölfminütigen

Debatte ohne Moderation müssen die Jugendlichen selbstständig das Wort ergreifen und dafür sorgen, dass eine ausgewogene

Man muss den Ball des Gegners zuerst fangen, um ihn weiterwerfen zu können.

Debatte zustande kommt. Denn es ist durchaus verlockend, in einer hitzigen Debatte das Gegenüber völlig zu vergessen und zu einer langen Rede anzusetzen. Aber lange Monologe sind bei «Jugend debattiert» nicht gefragt. Die Debattierenden müssen zuhören können, Argumente der anderen Position auffassen und mit einem stärkeren Argument auszusteichen versuchen.

In einer Schlussrunde können alle Debattierenden während einer Minute die Debatte aus ihrer

Sicht zusammenfassen und gezielt einen Schlusssatz formulieren. Die Debattierenden werden von einer Jury einzeln nach den Kriterien «Sachkenntnis», «Ausdrucksvermögen», «Gesprächsfähigkeit» und «Überzeugungskraft» beurteilt.

Debattieren ist wie ein Ballspiel: Man muss den Ball des Gegners zuerst fangen, um ihn danach weiterwerfen zu können. Doch ist der Pass nicht gut, kann ihn der Mitspieler nicht verwenden. In der Debatte ist dies genau gleich, nur wirft man hier mit Worten um sich, und dies möglichst gezielt und präzise.



Andrea Schlatter gewann 2011 «Jugend debattiert». Heute setzt sie sich als Projektbotschafterin von «Jugend debattiert» ein.



Suzanne Fuhrer

FINALE 2013

Am 22. und 23. März 2013 fand im Campus Muristalden das dritte nationale Finale von «Jugend debattiert» statt. Die rund achtzig Teilnehmenden aus der Deutschschweiz, der Romandie und dem Tessin, die sich an Vorausscheidungen in ihrer Region qualifiziert hatten, mussten sich in je zwei Debatten zu verschie-

denen Streitfragen behaupten. Die Teilnehmenden debattierten in ihrer jeweiligen Alterskategorie und Muttersprache. Aus den Vorrunden qualifizierten sich die vier Besten pro Sprachregion und Alterskategorie für die Finaldebatte. Die Jury kürte nach spannenden und rhetorisch wie inhaltlich hochstehenden

Debatten Manuel Küng (Kategorie 1) und Anaïs Franck (Kategorie 2) zum Schweizermeister respektive zur Schweizermeisterin im Debattieren 2013.

Sämtliche Informationen zu «Jugend debattiert» finden sich unter www.jugenddebattiert.ch.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Sozialversicherungen verständlich gemacht D2.3.1301

14.5., Trigon Bildungszentrum, Zürich
Überblick über das soziale Sicherungssystem in der Schweiz, 3-Säulen-Prinzip, Zusammenspiel der einzelnen Sozialversicherungen und der Bedarfsleistungen, politische Streitfelder, gewerkschaftliche Positionen.
Referentin: Christine Goll (Movendo)

Einführung ins Arbeitsrecht

D2.2.1301

6.–7.6., Hotel Aarauerhof, Aarau
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung. Referent: Arthur Andermatt (Rechtsanwalt)

Wie lerne ich effizient D2.6.1333

10.–11.6., Restaurant Bären, Ostermundigen
Auseinandersetzung mit dem eigenen Lernen, Lernbiografie, biologische Grundlagen, Lerntypen und Lernstile, Übungen für bessere Lernstrategien. Referentin: Emiliana Della Torre (Movendo)

Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven D2.1.1308

13.–14.6., Hotel Flora Alpina, Vitznau
Geschichte der Migrationspolitik,

Ausländergesetz und Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, gewerkschaftliche Positionen zu AuG und FZA. ReferentInnen: Aurora Garcia (Unia), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Tagung Aufbruch in Lateinamerika – soziale Bewegung, Gewerkschaften, Demokratien D2.1.1313

21.6., Hotel Bern, Bern

Soziale/indigene Bewegungen, progressive Regierungen und Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika, Alternativen zum Neoliberalismus, Bedeutung für die Gewerkschaften in der Schweiz. ReferentInnen: Hans Kern (Syndicom), Hans Schäppi (Solifonds), Urs Sekinger (Solifonds), Yvonne Zimmermann (Solifonds)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA

28. Mai, 19.15 Uhr

AG Gleichstellung
Bern

28. Juni

Koordinationskonferenz
in Freiburg

29. Juni

Delegiertenversammlung
in Freiburg

7. September, Bern

Jubiläumsfest 125 Jahre
SP Schweiz

25. Oktober

Koordinationskonferenz

26. Oktober

Delegiertenversammlungwww.spschweiz.ch

Schweiz verwirft UNO-Empfehlungen



Maria von Känel ist Mitglied der Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität der SP Schweiz

Voller Hoffnung auf Anerkennung und Veränderung betrat ich gemeinsam mit den anderen Vertreterinnen der fünf nationalen LGBT*-Organisationen am 14. März den Saal des UNO-Menschenrechtsrats in Genf. Unsere Hoffnungen wurden enttäuscht: Die Schweiz verwarf alle Empfehlungen hinsichtlich sexueller Orientierung und Genderidentität, die ihr der Rat im Rahmen seiner regelmässigen Überprüfung gemacht hatte.

Obschon es in der Bundesverfassung explizit so verankert ist, sind nicht alle Menschen in der Schweiz vor dem Gesetz gleich. LGBT-Personen sind vielfältigen Formen von Diskriminierung ausgesetzt: Auf gesetzlicher Ebene bestehen massive Ungleichbehandlungen bei der eingetragenen Partnerschaft hinsichtlich der erleichterten Einbürgerung, des Erbrechts, der Adoption und der Anwendung von Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung. Im Arbeitsgesetz werden Diskriminierungen aufgrund sexueller Orientierung und Genderidentität überhaupt nicht erwähnt. Weil in der Schweiz ein Antidiskriminierungsgesetz fehlt, werden Hassparolen gegenüber der LGBT-Community im öffentlichen Raum strafrechtlich nicht verfolgt.

Diese gesetzliche Diskriminierung wirkt sich auf psychosozialer Ebene fatal aus. LGBT-Menschen sind dreimal häufiger Zielscheibe physischer und verbaler Gewalt als heterosexuelle. Dieses Klima der Gewalt erzeugt beträchtlichen Stress, der zu Depression und Suizid führen kann; Suizidversuche sind daher bei LGBT-Personen fünfmal häufiger als bei der restlichen Bevölkerung. Die gesetzliche Diskriminierung betrifft auch Kinder von LGBT-Personen. Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, sind bezüglich Sorgerecht, Besuchsrecht, Alimenten, Erbrecht und Waisenrente benachteiligt. Die Ablehnung aller Empfehlungen hinsichtlich Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Genderidentität sind enttäuschend. Dennoch hege ich weiterhin Hoffnung für eine Schweiz, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen umfassenden gesetzlichen Schutz bietet und alle Formen von Diskriminierung bekämpft.

*LGBT: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos:

abo@spschweiz.ch**Redaktion**

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktionandrea.bauer@spschweiz.ch**Gestaltungskonzept**muellerluetolf.ch**Produktion**

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8.4.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 6.5.



**79/2013
JUBILÄUMS
FESTPROGR
& WAISENHAUS
PLATZ/BERN**